

Presseinformation

67/2011

Kiel, 21. Februar 2011

Antje Jansen zum aktuellen Hartz IV-Kompromiss: „Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum bleibt auf der Strecke.“

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag stellt fest: die Verhandlungsparteien des Hartz-IV-Kompromisses interessierten sich offensichtlich nicht für den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum bleibe bei diesen Hartz IV-Sätzen auf der Strecke.

„Bund und Länder haben sich in den Hartz IV-Gesprächen darauf geeinigt, die notdürftig zusammengeschusterte Fassade einer nachvollziehbaren und verfassungsgemäßen Neufestsetzung der Regelsätze einzureißen. Das Festhalten an der Erhöhung um schäbige fünf Euro jetzt und der Drei-Euro-Zuschlag ab 2012 sind der blanke Hohn. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil ein transparentes Berechnungssystem gefordert und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum festgeschrieben. Herausgekommen ist mit großem Tam-Tam eine Willkür-Berechnung und eine Bloßstellung Hartz-IV-Beziehender, indem der Kompromiss als großer Wurf verkauft wird“, sagt Antje Jansen, sozialpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion. „Das Bildungs- und Teilhabepaket in seinem ausgehandelten Umfang ist nicht ausreichend und die vollständige Kostenübernahme durch den Bund steht zudem auf wackeligen Beinen. Das letzte Kostenrisiko tragen wieder einmal die Kommunen.“

Der so genannte Hartz IV-Kompromiss sei auf dem Rücken der Menschen ausgetragen worden. Das Verhandlungsergebnis bestätige die parteiübergreifende Einigkeit in der Kommission, Hartz IV als Armut per Gesetz festzuschreiben. „Hartz IV muss weg! Wir brauchen und wollen eine repressionsfreie und armutsfeste Grundsicherung für bedürftige Menschen“, so Jansen abschließend.